
8335/J XXIV. GP

Eingelangt am 28.04.2011

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

ANFRAGE

des Abgeordneten Herbert
und weiterer Abgeordneter
an die Bundesministerin für Justiz
betreffend Vertrauenspersonen des BMI

Laut Anfragebeantwortung 4446/AB XXIII. GP ist die Führung von Vertrauenspersonen im Bereich des Staatsschutzes in der Dienstanweisung, GZ 311/1/2-II/BVT/a/2006 vom 5. Dezember 2006 geregelt und ist mit 1. Jänner 2007 in Kraft getreten.

Hinzu kommt der Erlass „Ausgaben für die Sicherheitsverwaltung“ - Richtlinien für die Gebarung und Verrechnung, GZ BMI-KP 1000/0136-II/BK/5/2005 vom 12. September 2005.

In diesem Zusammenhang richten die unterfertigten Abgeordneten an die Frau Bundesministerin für Justiz nachstehende

Anfrage:

1. In wie vielen Fällen kam es in den letzten 10 Jahren zu einer gerichtlichen Auseinandersetzung mit Vertrauenspersonen des BMI und dem Bundesministerium für Inneres bzw. der Republik Österreich wegen Nichtzahlung von Entlohnungen, Auslobungen, Entschädigungen, etc.?
2. Wie lange dauerten diese Verfahren?
3. Wie viele dieser Verfahren wurden eingestellt?
4. Wie viele dieser Verfahren wurden von den klagenden Vertrauenspersonen gewonnen?
5. Wie hoch waren die Kosten für diese Verfahren?